



Vorsitz	Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	36 Mitglieder 37 Mitglieder (ab Geschäft Nr. 7)
Entschuldigungen	Matthias Zehnder (SP) Stephan Häberli (SVP) Peter Vismara (FDP)
Aufschaltung Axioma	23. September 2019
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 14. Oktober 2019 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Verwaltungsangestellten, die Pressevertreter und alle weiteren Gäste willkommen.

Aus formaltechnischen Gründen werden die Traktanden 1 und 2 getauscht. Die Sitzung beginnt mit den Inpflichtnahmen.

Traktandenliste

- 1 Inpflichtnahme von Patrick Wipfli (CVP) als Mitglied des Einwohnerrates und Inpflichtnahme von Isabelle Bechtel und Thomas Haller als Mitglieder der Schulpflege
- 2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 3 Ersatzwahl Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode 2018/2021
- 4* Rechnung und Rechenschaftsbericht 2018 der Einwohnergemeinde Windisch
- 5* Kreditabrechnung Sanierung Ahornweg
- 6* Kreditabrechnung Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen; Beschaffung eines Pionierfahrzeugs, Gemeindeanteil Windisch
- 7 Verpflichtungskredit Aufstockung personelle Ressourcen Abteilung Planung + Bau
- 8 Verpflichtungskredit Ersatz der Beleuchtungsanlage auf der Sportanlage „Dägerli“
- 9* Verpflichtungskredit Beteiligung an Gesellschaft e-sy AG; Kooperation Smart Metering
- 10 Verpflichtungskredit Photovoltaik-Anlage auf der Schulanlage Chapf
- 11 Motion FDP-Fraktion "Kundenparkplätze vor dem Gemeindehaus"; Überweisung
- 12 Postulat Fredy Bolt (SP) "Errichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz"; Überweisung
- 13 Beantwortung von gestellten Fragen
- 14 Mitteilungen des Gemeinderates
- 15 Neueingänge

1 Inpflichtnahme von Patrick Wipfli (CVP) als Mitglied des Einwohnerrates und Inpflichtnahme von Isabelle Bechtel und Thomas Haller als Mitglieder der Schulpflege

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2018/2021 in Pflicht:

- Patrick Wipfli (CVP), Mitglied Einwohnerrat
- Isabelle Bechtel, Mitglied Schulpflege
- Thomas Haller, Mitglied Schulpflege

Herzlichen Dank an Naomi Rupp, das sie sich ebenfalls zur Wahl als Schulpflegerin zur Verfügung gestellt hat.

2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP):

Einwohnerratssitzungen

Der Einwohnerratspräsident teilt dem Gemeinderat mit, dass er es nicht gut findet, wenn $\frac{3}{4}$ Jahre lang keine Einwohnerratssitzung stattfindet und bittet alles daran zu setzen, dass dies in Zukunft nicht mehr passiert.

Einführung Axioma

Es ist die erste Sitzung mit der neuen Verwaltungs-Software Axioma. Probiert das System aus, seid mutig und habt Geduld, wenn etwas nicht sofort funktioniert. Die meisten kennen dies aus dem Job: Der erste Tag nach einem Software-Update ist stressig, aber nach einer Woche sieht man die Vorteile. Ich bin überzeugt, Axioma wird zu einem effizienteren und transparenteren Ablauf der Einwohnerratsarbeit führen. Im Moment die Bitte an den Gemeinderat, auf Axioma enthaltene Informationen für die Beratung der Geschäfte zu wiederholen, damit demokratisch saubere Entscheide gefällt werden können.

Revision Einwohnerratsreglement

Das Büro wird dem Einwohnerrat im Herbst den Antrag unterbreiten, das Geschäftsreglement zu überarbeiten. Es gibt einige Punkte die angepasst werden könnten.

Anlässe

- Samstag, 22. Juni 2019, Biergarten im Bossarthaus
- Samstag, 29. Juni 2019, Vindonissa-Markt
- Am gleichen Wochenende feiert der Legionärspfad Vindonissa das 10-jährige Jubiläum

- Freitag, 13. Dezember 2019 findet der Abschluss der Präsidentschaftsperiode 2018/19 des Einwohnerrates statt
- 2022 soll in Windisch ein Beizlifefest stattfinden. Das Jugendfest wird mit Hilfe der Vereine zu einem Dorffest ausgeweitet. Die Rückmeldungen der Vereine auf die entsprechende Anfrage waren sehr positiv. Es hat sich ein OK gebildet, welches zusammen mit dem Jugendfest-OK dieses Fest organisieren will.

Rücktritt Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Matthias Knecht tritt per Ende Juni 2019 aus der FiGPK zurück. Das ist die unerfreuliche Nachricht, es gibt auch eine erfreuliche Nachricht: Fionna und Matthias Knecht sind am 16. Mai 2019 Eltern des dritten Kindes, Samuel, geworden. Samuel war der Auslöser für den Rücktritt, Matthias braucht mehr Zeit für die Familie. Im Namen des Einwohnerrates herzliche Gratulation zur Geburt von Samuel. Matthias Knecht hat sich stark engagiert in der FiGPK und Daniel Brassel wird seinen Einsatz verdanken.

Daniel Brassel, Präsident FiGPK (EVP) Ich danke dir im Namen der FiGPK für dein Engagement in der Kommission. Deine wachen Augen, deine immer auf den Punkt gebrachten Meinungen und dein unternehmerisches Flair und Gespür hat die Kommission sehr geschätzt. Leider müssen wir dich nun nach rund 6 Jahren verabschieden. Wir verstehen, dass eine junge 5-köpfige Familie Zeit braucht, auch beruflich bist Du nicht unterbeschäftigt. Falls Dir die FiGPK oder das Kommissionstheater fehlen sollte, ich kann das Figurentheater in Wettingen empfehlen.

Protokolle

Der Einwohnerratspräsident entschuldigt sich für die verspätete Zustellung der Protokolle der Herbstsitzungen und gelobt Besserung. Das Einwohnerratsbüro hat die 3 Protokolle der 250. Sitzung mit den mitgeteilten Ergänzungen genehmigt.

3 Ersatzwahl Wahlbüro für den Rest der Amtsperiode 2018/2021

Geheime Abstimmung

Ausgeteilte Stimmzettel	36
Eingelegte Stimmzettel	36
Leere Stimmzettel	1
In Betracht fallende Stimmzettel	35
Absolutes Mehr	19

Stimmen haben erhalten:

Ronja Zehnder	35
---------------	----

Somit ist im ersten Wahlgang gewählt:

Ronja Zehnder

4 Rechnung und Rechenschaftsbericht 2018 der Einwohnergemeinde Windisch

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Der Rechnungsabschluss spricht für sich, Sie haben die Unterlagen erhalten und studiert. Trotzdem gehe ich auf einige Eckpfeiler ein, weil es schön ist, ein solches Ergebnis zu präsentieren.

Erstmals wurden die Fragestellungen elektronisch abgewickelt und die Antworten waren für alle Einwohnerräte einsehbar. Es braucht etwas Zeit sich an das neue System zu gewöhnen. Dieses vereinfacht die Vorbereitung und die Abläufe, insbesondere auch das Beantworten von Fragen.

Die Rechnung 2018 schliesst mit einem Umsatz von rund 48 Mio. und einem Gewinn von 2.89 Mio. ab. Das Budget rechnete immerhin mit einem Gewinn von CHF 180'800.00. Hauptursachen sind erfreulicherweise der Steuerertrag, aber auch tiefere Ausgaben bei der materiellen Hilfe und einmalige Sondererträge. Der Bilanzüberschuss beläuft sich auf 38.1 Mio., die Selbstfinanzierung liegt erfreulicherweise bei 4.85 Mio., bei der Finanzierung der anstehenden Investitionen sehr hilfreich. Die Verschuldung hat sich um 4.2 Mio. reduziert und beträgt 7.57 Mio. Wahrscheinlich ist es Jahrzehnte her, das Windisch eine solch tiefe Verschuldung hatte. Trotzdem gilt es weiterhin Disziplin zu üben. In den letzten Jahren haben wir zurückhaltend investiert und es stehen grosse Investitionen an.

Das gute Ergebnis ist mit Vorsicht zu geniessen und erlaubt nicht, beim nächsten Budget mehr Geld auszugeben.

Trotz gutem Jahresergebnis haben wir 1.18 Mio. aus dem Finanz- und Lastenausgleich erhalten. Mit dem neuen Modell muss eine Stärkung der Steuerkraft nicht vollumfänglich in den kantonalen Topf abgeliefert werden. Wir können 1 Mio. behalten und die Verschuldung reduzieren. Die Aufgabenverschiebung entlastet uns stark und zeigt auf, wie wichtig der neue Finanz- und Lastenausgleich für uns ist. Die flüssigen Mittel liegen 2.8 Mio. tiefer als 2017. Windisch hat erstmals ein Vermögensverwaltungs-Mandat über 5 Mio. abgeschlossen.

Der Gemeinderat beantragt, vom Rechenschaftsbericht Kenntnis zu nehmen und den Rechnungsabschluss 2018 zu genehmigen. Herzlichen Dank an Michael Schleuniger für die sorgfältige Erarbeitung des Rechnungsabschlusses. Sein erster Abschluss in Windisch, der an verschiedenen Stellen etwas anders daher kommt als früher. Ein grosser Dank an die Verwaltungsabteilungen für die gute Budgetierung, die Einhaltung der Budgetvorhaben und die bewiesene Disziplin.

Daniel Brassel, Präsident FiGPK (EVP): Die Rechnung 2018 ist durch die Revisionsgesellschaft thv Aarau und die FiGPK geprüft worden. Die Revisionsgesellschaft hat die Bilanz und Erfolgsrechnung aus finanztechnischer Sicht geprüft. Der umfangreiche und aussagekräftige Prüfungsbericht lobt die saubere und kompetente Rechnungsführung ausdrücklich. Die FiGPK hat speziell die Aspekte Finanzpolitik und Geschäftsprüfung geprüft. Jedes Kommissionsmitglied hat ein bis zwei Bereiche, mit den entsprechenden Themen im Rechenschaftsbericht und inkl. Spezialfinanzierungen, geprüft. Kreditkontrolle, Anlagenspiegel, Abschreibungen und Rückstellungen wurden mit den Rechnungen quer verglichen. Die Abteilung Finanzen kontrolliert die laufenden Kredite systematisch. Bei der Rechnungsprüfung waren keine grossen negativen Abweichungen bei den Krediten ersichtlich. Die FiGPK hat zudem vier Verpflichtungskredite ohne separate Kreditabrechnung geprüft und für gut befunden.

Die Verwaltung hat wieder eine sehr hohe Budgetdisziplin bewiesen. Der Aufwand der Rechnung inkl. Spezialfinanzierungen weicht gegenüber dem Budget um 1.1% ab. Beim Ertrag beträgt die Abweichung erfreuliche 7.4%. Der Fiskalertrag liegt rund 6% über dem Budget. Die Entwicklung der Steuererträge ist leider nicht nachhaltig, im Budget 2019 sind diese tiefer angesetzt. Letztes Jahr war eine Schwerpunktprüfung der Sozialen Dienste durch die Revisionsgesellschaft geplant. Aufgrund der vielen Veränderungen in der Abteilung wurde darauf verzichtet. Dieses Jahr wird eine Schwerpunktprüfung durchgeführt.

Dank gutem Rechnungsergebnis entwickelt sich die Finanzlage weiterhin positiv. Die Schulden haben sich um 4.3% reduziert und betragen jetzt 7.6 Mio. Dies entspricht rund Fr. 1'000.00/Einwohner. Wir haben es gehört, dies wird nicht so bleiben. Grosse Aufgaben kommen auf uns zu, geniessen wir den Augenblick. Den Mitgliedern der FiGPK danke ich für den grossen geleisteten Einsatz. Die FiGPK dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, insbesondere Heidi Ammon und Michael Schleuniger. Sie haben der FiGPK und der thv jederzeit umfassend Antwort gegeben. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, gestützt auf den Revisionsbericht der thv und der eigenen Prüfung, die Rechnung 2018 zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Würdigung Rechnung

Philipp Umbricht (FDP): Der Dank für den guten sauberen Rechnungsabschluss geht dieses Jahr an Michael Schleuniger und sein Team, ein Dank auch an die Verwaltung für die Einhaltung des Budgets. Die Budgetdisziplin ist der Grundstein für jedes gute Resultat. Der Überschuss ist erfreulich, wir haben grössere Aufgaben vor uns und können dieses Geld gebrauchen. Es gilt weiterhin Disziplin zu üben. Der Überschuss ist teilweise auf nicht beeinflussbare Faktoren zurückzuführen. Die Steuererträge waren höher, insbesondere die Aktiensteuern. Diese können wir nicht beeinflussen, sie sind von der Wirtschaft abhängig. Positiv sind die tieferen Ausgaben bei der Sozialhilfe, offenbar gibt es weniger Fälle, was einen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage hat. Ein weiterer grosser Ertrag ist der Buchgewinn aus der Liegenschaft „Kompostierplatz“. Ich schliesse mich den Worten von Daniel Brassel an, weiterhin Disziplin halten, vorsichtig sein und den Moment geniessen. Wir stimmen der Rechnung zu.

Martin Schibli (EVP): Wer die Prozesse über Jahre verfolgt und analysiert stellt fest, dass sich vieles verändert hat. EDV-mässig hat es eine grosse Entwicklung gegeben, HRM2 war eine grosse Umstellung. Unsere Abteilung Finanzen ist sehr professionell und wir freuen uns über positive Überraschungen. Ich danke für die Budgettreue und die gute Arbeit der Verwaltung. Wir danken allen Mitarbeitenden für ihre Arbeit, insbesondere der Abteilung Finanzen und dem Team der FiGPK für den Bericht. Wir stimmen der Rechnung zu.

Luzia Capanni (SP): Erneut bereitet uns ein überraschend grosser Überschuss Freude. Dazu haben neben dem deutlich höheren Steuerertrag der Buchgewinn aus der Neubewertung des Kompostierplatzes und nicht kalkulierbare Faktoren beigetragen. In diesem Jahr waren es beispielsweise die tieferen Ausgaben bei der Sozialhilfe. Zu erwähnen ist auch der Einsatz des Gemeinderates für einen vorteilhaften Verteilungsschlüssel beim Finanz- und Lastenausgleich. Dieser ist für Windisch wichtig und dafür sei dem Gemeinderat gedankt.

Es wurde weniger investiert, als vorgesehen. Dies bereitet uns einerseits Sorgen, ein Investitionsstau verspricht für die Zukunft nicht viel Gutes. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Investitionsrechnung von technischen Sonderfaktoren beeinflusst worden ist. Wir können dem Gemeinderat und der Verwaltung einen sorgfältigen Umgang mit den Finanzen und eine hohe Budgettreue attestieren. Herzlichen Dank an die FiGPK für die sorgfältige Arbeit.

Mit Genugtuung nehmen wir die Situation der Spezialfinanzierungen zur Kenntnis. Diese stehen weiterhin auf solidem finanziellem Fundament.

Trotz der positiven Nachrichten spreche ich zwei auffällige Punkte an:

Wie die FiGPK wünschen wir bei der Struktur des Rechenschaftsberichtes eine bessere Übersicht und mehr Einheitlichkeit in den Ausführungen und Informationen der einzelnen Bereiche.

Die vielen komplexen und aufwändigen Projekte haben eine hohe Belastung der Mitarbeitenden der Verwaltung zur Folge. Es ist sinnvoll in solchen Situationen verschiedentlich Dienstleistungen an Dritte zu vergeben. Das Verwaltungspersonal benötigt genügend Ressourcen um Projekte zu begleiten und weiterzuentwickeln. Wir fragen uns, ob aufgrund der dünnen Personaldecke nicht zwangsläufig die Arbeitsqualität und die Zufriedenheit leiden, auch wenn die Mitarbeitenden ihr Bestes geben. Windisch soll auch in Zukunft ein attraktiver Arbeitgeber für kompetentes Personal sein. Ich bitte den Personalverantwortlichen den Angestellten Sorge zu tragen, damit sie motiviert und mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet die vielen anstehenden Aufgaben meistern können. Ihnen gilt unser grösster Dank. Wir danken dem Gemeinderat und der FiGPK für die sorgfältige Arbeit. Die SP wird der Rechnung ebenfalls zustimmen.

Anton Burger (CVP): Wir waren einerseits überrascht, andererseits sehr erfreut über den grossen Überschuss. Besondere Umstände haben ermöglicht, die Schulden auf das sehr tiefe Niveau von 7.5 Mio. zu reduzieren. Für 5 Mio. konnte ein Vermögensverwaltungsmandat vergeben werden. Es darf aber nicht vergessen werden, dass wir über 1.1 Mio.

aus dem Finanzausgleich erhalten. Die Spezialfinanzierungen schliessen ebenfalls gut ab, Abwasser und Elektrizitätswerk besser als budgetiert. Infolge Restabschreibungen ist das Defizit bei Wasser und Abfall höher. Die Werke sind aufgrund der Betriebsrechnungen 2018 gut aufgestellt, Massnahmen sind keine notwendig. Im Namen der CVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat, dem Leiter Finanzen Michael Schleuniger, allen Angestellten der verschiedenen Bereiche für den umsichtigen Umgang mit den finanziellen Mitteln. Ich danke für die Berichterstattung und die Bemerkungen, speziell für die Abweichungsbegründungen. Es ist viel wert, wenn man die Änderungen nachvollziehen kann. Besten Dank für die Beantwortung der eingereichten Fragen.

2014 wurde HRM2 eingeführt, 2018 ist die fünfte Rechnung nach HRM2. Deshalb einige Gedanken zu diesen fünf Vergleichsjahren. Der Steuerertrag belief sich 2014 auf 16.58 Mio., 2018 waren es 19.96 Mio., 20.3% mehr. Die Steuerkraft hat um CHF 530.00/Einwohner zugenommen. Im gleichen Zeitraum hat der betriebliche Aufwand um 50% zugenommen. 2014 hatten wir 20.2 Mio. Nettoschulden, dazu hat die Rückzahlung an die Pensionskasse massgeblich beigetragen. Inzwischen liegt die Nettoschuld bei 7.57 Mio., ein Rückgang um 12.6 Mio. Dies wurde dank der Überschüsse von total 11.6 Mio. in den letzten fünf Jahren möglich. Wir haben nicht wie geplant investiert. Gerechnet wurde mit jährlichen Investitionen von 2.5 bis 3 Mio. Der alte Finanzplan sah von 2017 bis 2019 Schulhaussanierungen für mehrere Millionen vor. Diese wurden bisher nicht realisiert und stehen noch bevor. Dies führt mich zum Grundsatz: „Die Gemeinden erheben zur Deckung der Ausgaben, die nicht aus anderen Einnahmen bestritten werden können Einkommens- und Vermögenssteuern.“ Die Überschüsse werfen im Rückblick die Frage auf, wurden zu hohe Gemeindesteuern erhoben? War es richtig, die Schuldenlast zu reduzieren, damit zukünftige grosse Investitionen finanziert werden können? Die Finanzplanung geht immer noch von einem höheren Schuldenbetrag aus. Helfen die guten Ergebnisse und der Abbau der Schulden, dass die Finanzierung der anstehenden grossen Investitionen ohne Steuerfusserhöhung möglich ist? Ich erwarte heute keine Antwort auf diese Fragen. Diese beinhalten teilweise bereits die für mich und meine Fraktion geltenden Antworten.

Ich danke der FiGPK für die Prüfung der Rechnung und die umfassende Berichterstattung, welche sehr hilfreich ist. Die CVP-Fraktion wird die Rechnung 2018 genehmigen.

Naomi Rupp (SVP): Es wurde bereits erwähnt, die Rechnung ist sehr positiv ausgefallen, was uns sehr freut. Ein grosses Dankeschön an die Gemeindeverwaltung und die FiGPK für die geleistete Arbeit. Die SVP-Fraktion wird die Rechnung 2018 genehmigen.

Detailberatung Rechnung

Keine Diskussion.

Detailberatung Rechenschaftsbericht

Keine Diskussion.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Rechenschaftsbericht 2018 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Jahresrechnung 2018 der Einwohnergemeinde Windisch wird genehmigt.

Dave Roth, Einwohnerratspräsident (SP): Ich schliesse mich den Fraktionen gerne an, besten Dank an die Verwaltung, den Gemeinderat und die FiGPK.

5 Kreditabrechnung Sanierung Ahornweg

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Pascal Schlegel (SVP): Die SVP-Fraktion freut sich über die grosse Kreditunterschreitung, welche gut begründet ist.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung Sanierung Ahornweg wird genehmigt.

6 Kreditabrechnung Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen; Beschaffung eines Pionierfahrzeugs, Gemeindeanteil Windisch

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung Feuerwehr Windisch-Habsburg-Hausen; Beschaffung eines Pionierfahrzeugs, Gemeindeanteil Windisch wird genehmigt.

7 Verpflichtungskredit Aufstockung personelle Ressourcen Abteilung Planung und Bau

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): „Alles unter einem Dach - Arbeiten Sie bei einer fortschrittlich geführten Gemeinde mit kurzen Wegen. Ihre Meinung ist uns wichtig - Wir geben Ihnen Verantwortung und zählen auf Ihre Meinung. Spannend und abwechslungsreich - Ihre Tätigkeit ist vielseitig. Wir sind attraktiv - Profitieren Sie von tollen Anstellungsbedingungen mit unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen, leistungsorientierter Entlohnung und guten Versicherungsleistungen. Wir fördern Sie - Weiterbildungen werden unterstützt. Planen Sie langfristig mit uns - Wir bieten Ihnen einen sicheren Arbeitsplatz.“ Mit diesen Aussagen rekrutieren wir neue Fachkräfte. Die Einhaltung dieser Versprechen erfordert eine regelmässige Überprüfung des Ressourcenbedarfs. Genügend Ressourcen für die Führung der Abteilung Planung und Bau, langfristige Sicherstellung der guten Dienstleistungsqualität sind Ansprüche des Gemeinderates. Der aktuelle Stellenetat lässt das Erkennen von Mängeln nicht zu. Der 2018 durchgeführte Teamentwicklungsprozess in der Abteilung hat diese Annahme bestätigt. Aktive Umsetzung der Bau- und Nutzungsplanung, Erweiterung des internen Knowhows im Bereich der Raumplanung und Reduktion der Kosten beim Einkauf von externen Dienstleistungen sind Ziele, die der Gemeinderat mit der Aufstockung der Abteilung Planung und Bau verfolgt. Mit den Themen Verdichtung, Einzonungen und den verschiedenen Zonenänderungen können wir mit einem 60%-Pensum in der Grundplanung diese Ziele erreichen, gleichzeitig bieten wir ein attraktives Stellenvolumen an.

„Entlastung im Bereich der Administration, Sicherstellung der Stellvertretung im Bereich der Administration.“ Diese Ziele sollen im Administrationsbereich erreicht werden. Zur Erreichen dieser Ziele ist eine Aufstockung der Abteilung Planung + Bau unumgänglich. Drei ausgebildete Bauverwalter, welche sich fachlich kompetent ergänzen, eine ausgebildete Gemeindeschreiberin als Bausekretärin, welche in juristischen Fragen unterstützen kann, danken dem Einwohnerrat für das offene Ohr und freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit mit einer neuen Mitarbeiterin oder einem neuen Mitarbeiter.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Thomas Wernli (SP): Diese Stellenerhöhung ist sinnvoll, speziell auch im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen BNO. Nicht nur in der Arealentwicklung und der Gestaltungsplanung ist eine aktive Rolle der Gemeinde wichtig. Es braucht ein Gespür, wo investiert werden wird. Private planen oft an verschiedenen Orten und kommen zu spät auf die Gemeinde zu. Jemand „Inhouse“ muss aktiv reagieren können. Es darf nicht gewartet werden, bis Investoren fertige Planungen vorlegen, welche nicht passen. Die Planung muss in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde und möglichst kurzen Kommunikationswegen erfolgen. Ob die Aufteilung der Bereiche Hoch- und Tiefbau auf zwei Gemeinderäte sinnvoll ist, frage ich mich speziell auch bezüglich Kommunikation. Diesen Punkt kann der Gemeinderat im Hinblick auf die nächste Legislatur nochmals überprüfen. Die SP-Fraktion stimmt der Vorlage zu, ich begrüße diese Vorlage auch als Mitglied der Baukommission sehr.

Renate Schraner (CVP): Die Vorlage zeigt, dass die Abteilung Planung und Bau fachlich knapp besetzt ist, auch im Vergleich mit den Nachbargemeinden. Das rasche Bevölkerungswachstum in den vergangenen Jahren hat die Situation zusätzlich verschärft, es müssen mehr Baugesuche bearbeitet werden. Diverse Arbeiten wurden extern vergeben, was zusätzliche Kosten ausgelöst hat. Mit der Inkraftsetzung der neuen BNO wird diese Situation andauern. Grosse Projekte stehen bevor: Schulhausbau, Bachthalen, Kabelwerk, um einige Beispiele zu nennen. Diese erfordern eine intensive Begleitung. Wir unterstützen den Antrag. Nach der Stellenaufstockung sind die Arbeiten durch das eigene Personal zu erledigen, es dürfen keine teuren Outsourcingkosten mehr anfallen. Die Regelung der Stellvertretung ist aus dem Organigramm nicht klar ersichtlich und wird nach unserer Einschätzung nicht gelebt. Es wird eine Dienstleistungsorientierte Verwaltung gefordert. Dafür braucht es auch schnelle und klare Kommunikationswege. Wir bitten dies im Organigramm auszuweisen.

Matthias Knecht (FDP): Der Verpflichtungskredit ist bei uns unbestritten, die Gründe wurden teilweise bereits erwähnt. Einerseits infolge des aussergewöhnlichen Bevölkerungswachstums, andererseits wurden mangels personeller Ressourcen wichtige Investitionen verschoben. Es ist sinnvoll, dass die Stellvertretungen in der Abteilung Planung + Bau geregelt werden. Die beantragte Erhöhung um 60% im Bereich Raumplanung erscheint auf den ersten Blick hoch. Sie ist aber eine logische Konsequenz und eine

negative Folge der ins Detail gehenden Bau- und Nutzungsordnung. Die FDP stimmt der Vorlage zu.

Stefan Fehlmann (EVP): Wir unterstützen den Antrag ebenfalls. Es ist unbestritten, dass die personellen Ressourcen zu knapp sind und eine Inhouse-Lösung besser ist, als teure externe Leistungen einzukaufen. Zur Belastung von Roland Schneider, Leiter Planung und Bau: Drei Vorgesetzte und sieben Bereiche in der Breite zu führen, erscheint mir schwierig. Vielleicht muss in einer nächsten Phase die Organisation genauer geprüft werden.

Philipp Ammon (SVP): Zu diesem Geschäft gibt es ein schönes Bild: „Setzt die Segel, es zieht Wind auf“ und die Mannschaft schreit: „Keine Zeit, wir müssen rudern“. Dies passiert, wenn die Zeit infolge Überlastung fehlt, sich über die Zukunft Gedanken zu machen. Mit der zu schaffenden Stelle wirkt man der Situation entgegen und schafft Handlungsspielraum, damit die Gemeinde strategisch weiterentwickelt werden kann. Aus diesem Aspekt unterstützt die SVP-Fraktion den Antrag in der vorliegenden Form.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt die Stellenaufstockung bei der Abteilung Planung + Bau um 90% und stimmt dafür einem Nachtragskredit von CHF 36'000 zu Lasten des Budgets 2019 und einem Verpflichtungskredit für die wiederkehrenden Kosten von CHF 115'000 ab 2020 zu.

8 Verpflichtungskredit Ersatz der Beleuchtungsanlage auf der Sportanlage „Dägerli“

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Die Vorlage weist den Handlungsbedarf aus, darauf gehe ich nicht mehr ein. Dieser Verpflichtungskredit verfolgt vier Hauptziele: 1. Erfüllen der Auflagen, damit auch in den Abendstunden Spiele durchgeführt werden können. 2.

Das Licht soll mit möglichst wenig Streuverlust auf das Spielfeld gelangen. 3. Die Unterhaltskosten sollen minimiert werden. 4. Der Energieverbrauch soll drastisch gesenkt werden.

Es wurden drei unabhängige Angebote eingeholt. Alle drei Anbieter, erfahrene Sportplatzbeleuchtungs-System-Installateure, haben praktisch die gleichen Systeme offeriert. Wir haben uns nicht für das billigste Angebot, sondern für den Anbieter mit der grössten Erfahrung entschieden. Der aufmerksame Leser konnte in der Aktenaufgabe das umfangreiche Dokument einsehen. Eine Lichtbewertungsanalyse zeigt die Ausrichtung und den Streuverlust auf. Das Gesuch ist von sämtlichen Stellen bereits genehmigt worden und zeigt auf, dass der Streuverlust minimiert werden kann. Mit einer Farbtemperatur von 95 Kelvin benötigen wir halb so viele Leuchtgruppen. Der Anschaffungswert ist somit tiefer und wir haben starkes Licht. Der Unterhalt ist geringer und es kann Energie eingespart werden. Selbstverständlich gibt es umweltverträglichere Leuchtmittel mit einer Farbtemperatur von 300 Kelvin. Es würden jedoch doppelt so viele Leuchtmittel benötigt, die Anschaffungskosten würden enorm steigen und die Energiebilanz würde deutlich schlechter ausfallen. Dieses topmoderne System kann im Dägerli, einer Gewerbezone, bedenkenlos eingesetzt werden. Im dicht besiedelten Raum, beispielsweise beim künftigen Sportplatz Dohlenzelgschulhaus, müsste auf ein anderes System gesetzt werden. Wie bereits erwähnt, liegen alle Genehmigungen vor. Das System ist geprüft und hat sich mit einer hervorragenden Energiebilanz bewährt. Ich bitte den Einwohnerrat, den Antrag zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Stefan Fehlmann (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates für die Variante II „Umrüstung Strahler auf LED“. Es macht Sinn, die Anlage auf den neusten Stand zu bringen und mit LED umzubauen. Ich bezweifle, ob die Beleuchtung mindestens 50 Jahre hält, ich werde dies nicht mehr erleben.

Esther Duran (CVP): Der Kredit ist begründet, nachvollziehbar und berechtigt. Die CVP unterstützt den Antrag.

Bruno Kaufmann (FDP): Die FDP unterstützt Variante II, stellt jedoch einen Zusatzantrag: „Aus dem Energiefonds der Gemeinde Windisch ist pro Sportplatz CHF 7'500.00, also total CHF 15'000.00 an die Variante II „Umrüstung Strahler auf LED“ beizutragen. Gemäss Reglement des Energiefonds sollen „Massnahmen zur Energieeinsparung“ gefördert werden und durch Umrüstung der Strahler auf LED kann jährlich so viel Strom gespart werden, dass bereits nach etwas mehr als 3 Jahren die beantragte Unterstützung eingespart werden kann. Variante II erfüllt diese Förderungsbedingung. Ich bitte den Einwohnerrat diesem Antrag zuzustimmen.

Paul Bitschnau (SP): Für die SP ist der Bedarf ausgewiesen, das Projekt ist unterstützungswert. Wir danken Max Gasser für die Beantwortung der Fragen. Wir haben uns gefragt, weshalb der FC Windisch nicht bereits vorgängig für eine Kostenbeteiligung angefragt wurde. Im Vorfeld wäre es gut zu wissen, mit welchem Betrag zu rechnen ist.

Martin Gautschi (FDP): Die Kosten können gesenkt werden. Gibt es auch höhere Mieterträge?

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Die Mietkosten können wir aufgrund des besseren Lichtes nicht erhöhen. Zur Beteiligung des FC Windisch: Der Gemeinderat denkt an einen vierstelligen Betrag. Der FC Windisch ist jedoch nicht auf Rosen gebettet, aktuell hat er 35 Trainer und 35 Mannschaften.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Im Reglement des Energiefonds steht klar „die Massnahmen fokussieren auf den immateriellen Bereich“. Mit dem Energiefonds sollen nicht Beleuchtungen, sondern immaterielle Bereiche finanziert werden.

Bruno Kaufmann (FDP): Der Strahler ist nur ein Teil.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag Bruno Kaufmann (FDP)

Der Einwohnerrat fasst mit 30 Ja- gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Aus dem Energiefonds der Gemeinde Windisch ist pro Sportplatz CHF 7'500.00, also total CHF 15'000.00 an die Variante II „Umrüstung Strahler auf LED“ beizutragen.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 101'800.00 inkl. MwSt. für die Variante II „Umrüstung der Strahler auf LED“ auf der Sportanlage Dägerli Hauptplatz und Nebenplatz.

9 Verpflichtungskredit Beteiligung an Gesellschaft e-sy AG; Kooperation Smart Metering

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 stellt alle Akteure vor grosse Herausforderungen. Bei zahlreichen Themen wissen die Verteilnetzbetreiber nicht, was auf sie zukommt. Bei der Entwicklung hinter dem Smartbit ist beispielsweise noch sehr viel offen. Klar ist, dass die Verteilnetzbetriebe bis 2027 mindestens 80% aller Anschlüsse mit dem einem „Smart Meter“ ausstatten müssen. Diese Smart Meter erheben Verbrauchsdaten in bisher unbekannt Dimensionen. Die Prozesse um diesen Smart-Meter sind sehr komplex. Sie beginnen beim Auslesen, später kommen allenfalls das Steuern und die Datenverarbeitung dazu. Diese Prozesse können nur mit einer genügend grossen Anzahl zentral bewirtschafteter Zähler in guter Qualität und Effizienz erbracht werden. Die Branche rechnet, dass es mindestens 100'000 von einem zentralen Ort bewirtschaftete Zähler braucht, damit es wirtschaftlich ist. Um diese neue komplexe Aufgabe sicher und wirtschaftlich lösen zu können, haben eine Vielzahl von Stromanbietern, von aargauischen grösseren Regionalwerken wie IBB, Eniwa Aarau, bis zu kleinen genossenschaftlich organisierte lokale EW's die Gesellschaft e-sy gegründet. Diese soll für die beteiligten EW's bzw. die Gemeinden diverse Dienstleistungen rund um die neuen Smart Meter übernehmen. Durch diese Zusammenarbeit können über 150'000 Zähler, allenfalls können noch mehr dazukommen, zentral bewirtschaftet werden. Dies bringt für alle beteiligten EW's erhebliche Kosteneinsparungen. Ein Alleingang wäre weder technisch noch wirtschaftlich sinnvoll. Aus diesem Grunde will sich auch Windisch an der e-sy beteiligen, damit wir für das komplexe Thema für die Zukunft optimal gerüstet sind. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen.

Giovanna Feusi, Sprecherin FiGPK (SP): Unsere Fragen zu diesem Geschäft wurden umgehend beantwortet. Über mögliche Alternativen, Risiken und Chancen hätte in der Botschaft informiert werden müssen. Wie wirken sich fehlende Alternativen auf dem Markt, auf die Dienstleistungsqualität aus, wenn eine konkurrenzlose Gesellschaft geschaffen wird? Andere Fragen betreffen weiterführende Dienstleistungen über das zur Abstimmung stehende Geschäft hinaus: Wer ist zuständig, um weitergehende Dienstleistungen einzukaufen oder darüber zu befinden? Wie steht es um die Fortsetzung der Beteiligung? Unsere Fragen wurden umfassend beantwortet, besten Dank. Die FiGPK stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fredy Bolt (SP): Eine Kooperation mit anderen Werken ist ein geeigneter Weg um die Herausforderungen zu bewältigen. Aus zwei Gründen bereitet uns diese Botschaft Mühe: Das Geschäft steht unter grossem Druck, weil es keine Alternativen gibt. Wir wissen alle, ein Handeln ohne Alternativen produziert keine guten Entscheidungen. Aus der Botschaft ist eine grosse Hast erkennbar, scheinbar springen wir im letzten Moment auf einen abfahrenden Zug auf. Die Bundesverordnung, welche die Betriebsamkeit auslöst, ist noch sehr neu und wir wissen nicht, wie die Marktsituation von Kooperationsmöglichkeiten in der Schweiz in ein oder zwei Jahren aussehen wird.

Der zweite Grund hat einen engen Zusammenhang mit der Hast. Die Botschaft überzeugt qualitativ nicht, sie lässt viele Fragen offen. Einige wurden via Axioma beantwortet, es entstanden jedoch sofort neue Fragen. Beispielsweise wurde gefragt, was passiert, wenn wir den Aktionärsbindungsvertrag genehmigen, den Verpflichtungskredit zur Beschaffung der Hardware zu gegebener Zeit ablehnen. Sehr unklar ist die Botschaft bezüglich Datenschutz. Wem gehören die erhobenen Daten, wer darf sie nutzen und wer bestimmt, wie sie genutzt werden? Der in der Bundesverordnung vorhandene Spielraum muss interpretiert werden. Dazu habe ich Informationen in der Botschaft erwartet. Die Information in der Botschaft und im e-sy-Grundlagenpapier, dass die erhobenen Daten bekannte und auch noch nicht bekannte Chancen für neue Geschäftsmöglichkeiten in sich tragen, lassen einem die Haare zu Berge stehen. Es zeigt wie wenig das Bewusstsein bei e-sy und beim Gemeinderat für das heikle Thema der Datennutzung und des Datenhandels vorhanden ist. Wir hätten uns gewünscht, dass der Gemeinderat das Geschäft bewusster

und sorgfältiger und nicht unter grossem Zeitdruck vorbereitet hätte. Die Zeit drängt nicht und es werden sich neue Entwicklungen ergeben. Wir stellen uns nicht prinzipiell dagegen. Wir hoffen, dass der Gemeinderat aus den vielen offenen Fragen die richtigen Schlüsse zieht und das Projekt bei einer allfälligen Genehmigung sorgfältig und mit einer gewissen Sensibilität behandelt. Wir wollen zwei Kontrollpunkte setzen und stellen zwei Zusatzanträge:

1. Der Gemeinderat legt die Verlängerung der Aktionärsbindung jeweils vor Ablauf der Kündigungsmöglichkeit dem Einwohnerrat zur Genehmigung vor.

Die Genehmigung des Verpflichtungskredites für den Aktienkauf regelt auch den Aktionärsbindungsvertrag. Der Gemeinderat begründet das Eingehen dieser Aktionärsbindung nicht. Diese kann auf 5 Jahre, dann auf 3 Jahre und dann ein Jahr vor Ablauf gekündigt werden. Wir wollen mit diesem Zusatzantrag erreichen, dass der Einwohnerrat auf die Aktionärsbindung Einfluss nehmen kann. Solange keine zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen entstehen, kann der Gemeinderat alleine über diese Aktionärsbindung entscheiden.

2. Eine Ausweitung der Geschäftsbeziehung mit der e-sy AG über die verpflichtenden Kerndienstleistungen hinaus ist vom Einwohnerrat in geeigneter Form zu genehmigen.

Die e-sy AG kann und wird ihr Dienstleistungsangebot über die definierten verpflichtenden Kerndienstleistungen ausbauen. Wie weit die beteiligten EW's Integrationsmöglichkeiten haben, ist offen. Der Zusatzantrag bezweckt, dass der Einwohnerrat eine gewisse Kontrolle über die Selbständigkeit des EW ausüben kann. Im anderen Fall liegt es in der alleinigen Kompetenz des Gemeinderates, wie weit er zukünftig das EW in die e-sy AG integrieren will. Unter diesen Bedingungen können wir den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Karin Hefti (FDP): Besten Dank an die FiGPK für die wichtigen zusätzlichen Informationen. Ohne diese wäre es schwierig gewesen, zu einer Entscheidung zu kommen. Wir haben die Vorlage intensiv diskutiert, unterstützen sie jedoch. Auf zwei Themen gehe ich näher ein und komme anschliessend zu den Anträgen der SP.

Sollen die rechtlichen Vorgaben alleine oder in Kooperation umgesetzt werden? Unser EW ist sehr klein, eine Kooperation ist technisch und betriebswirtschaftlich notwendig. Die Kooperation mit der e-sy bietet sich an und wir unterstützen diese.

Nicht thematisiert wurde das Submissionsrecht, darüber haben wir intensiv mit Matthias Treier diskutiert. Die einzelnen EW's schliessen sich als Beteiligte der e-sy an. Sie beziehen ohne öffentliche Ausschreibung Güter und Dienstleistungen der privatrechtlichen e-

sy AG als „Inhouse-Vergabe“. Folgende Bedingungen müssen eingehalten werden, diese fehlen in der Dokumentation: Die e-sy muss mindestens 80% des Umsatzes mit den eigenen Aktionären machen und die eigenen Aufträge nach den Bestimmungen des Submissionsrechtes ausschreiben. Die gemeinsame Beschaffung müsste nach einem offenen Verfahren erfolgen. Wir haben bei e-sy abgeklärt, ob sie sich diesen submissionsrechtlichen Auflagen bewusst ist, da auch die Statuten nicht zur Einsichtnahme vorlagen. Wir haben den Eindruck, dass e-sy sich diesen Anforderungen bewusst ist. Gemäss rechtlicher Beratung sei eine Abdeckung dieser Punkte nicht notwendig. Es liegt in der Verantwortung der e-sy, die Bedingungen für die Inhouse-Vergabe auszuhandeln.

Wir haben die gestellten Zusatzanträge diskutiert und unterstützen den Antrag des Gemeinderates. Der Einwohnerrat hat genug Möglichkeiten, auf die Verlängerung von Aktionärsbindungen Einfluss zu nehmen. Den zweiten Antrag muss Fredy Bolt noch näher erläutern. Die FDP stimmt dem Verpflichtungskredit zu, lehnt den ersten Zusatzantrag ab und beim zweiten haben wir noch keine Meinung.

Toni Burger (CVP): Diese neuen Prozesse und Datenerhebungen öffnen einen neuen komplexen Bereich. Grössere Unternehmungen bauen gemeinsam die neue Infrastruktur des digitalen Smartmetering auf, was wir begrüssen. Die Beteiligung von EW und Wasserwerk ist nachvollziehbar und in der Vorlage begründet. Windisch soll sich bei der Zusammenfassung des Fachwissens beteiligen. Es ist nachvollziehbar, dass die Kosten für die Messdienstleistungen bei einem Alleingang höher ausfallen, was nicht sinnvoll ist. Bei personenbezogenen Daten hat der Datenschutz eine grosse Bedeutung. In einem grossen Verbund wird diesem Punkt sicher die notwendige Beachtung geschenkt. Der gewählte Zeitpunkt ist richtig und es ist nicht nötig, weitere „Gebilde“ abzuwarten. Die finanziellen Aspekte und vor allem die Risiken sind überschaubar und die Geldmittel vorhanden. Eine Mitsprache ist möglich und eine Beteiligung sinnvoll. Zu den Anträgen der SP: Wir lehnen den ersten Antrag ab. Bevor wir einen Entscheid über den zweiten Antrag fällen, warten wir die Stellungnahme des Gemeinderates ab. Wir stimmen trotz der vielen Unbekannten dem Antrag des Gemeinderates zu.

Martin Schibli (EVP): Die EVP kann sich im Grundsatz den Vorrednern bezüglich Nutzung von Synergien und dem gemeinsamen Lösen von Aufgaben anschliessen. Wir müssen uns grundsätzlich bewusst sein, dass bei dieser Thematik noch nicht alles geregelt sein kann. Es geht auch darum herauszufinden, wie die Aufgabe am besten gelöst werden

kann. Persönlich ist mir der erste Zusatzantrag der SP sympathisch, dann wird das Geschäft in vier Jahren sicher wieder ein Thema im Einwohnerrat. Wir erhalten einen Zwischenbericht über den Projektstand, auch wenn noch keine fertige Lösung vorliegt.

Philipp Ammon (SVP): Unsere Diskussionen sind ähnlich verlaufen. Nach dem Informationsabend war das Thema für uns schwer greifbar. Die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und die daraus resultierenden Vorteile können wir nachvollziehen. Ein übergeordnetes Gesetz muss vollzogen werden, somit besteht ein gewisser Zwang. Um die angestrebten Energieziele zu erreichen, wird das Smartmetering als Möglichkeit mit einem riesen Potential angepriesen. Wir wissen nicht, was noch alles kommen wird, niemand kann uns sagen, was Smartmetering bedeutet. Heisst dies, dass das Auto als Zwischenspeicher für überschüssige Energie genutzt wird, die bei leerem Akku angezapft werden kann? Das EW Windisch kann diese Fragen nicht alleine klären. Wir sind gezwungen, uns in eine Gesellschaft zu integrieren, welche die Grösse für die Übernahme dieser Steuerung hat. Es wird schwierig, die Datenschutzfragen als Gemeinde alleine zu regeln. Es bestehen viele Unklarheiten. Trotzdem hat sich die Fraktion mehrheitlich für eine Unterstützung des Geschäftes ausgesprochen.

Philipp Umbricht (FDP): Nach dem Votum der SP frage ich mich, ob wir uns mit dem EW langsam Richtung Ballenberg bewegen. Matthias Treier hat erklärt, dass ein Alleingang keinen Sinn macht, dies ist für jeden nachvollziehbar. Es gibt ca. 4'000 Messpunkte beim Wasser und beim Strom und es ist nicht möglich, dass wir diese Organisation aufbauen können. Uns fehlen das Knowhow und das Personal.

Ob wir wollen oder nicht, die Smartmeter werden kommen, darauf hat Windisch keinen Einfluss. Diskussionsstoff ist entstanden, weil Windisch Mitglied einer Gesellschaft werden will, welche eine Dienstleistung anbietet. Der Gemeinderat hätte entscheiden können, die Dienstleistung später auf dem Markt zu besorgen, vielleicht bei e-sy oder einem Konkurrenten. Der Gemeinderat muss Aktien zeichnen und dafür benötigt er Geld, welches nicht im Budget ist. Werden wir nicht Mitglied, kann der Gemeinderat zu gegebener Zeit einfach den Auftrag vergeben. Dasselbe gilt für die Zusatzanträge. Werden diese angenommen empfehle ich dem Gemeinderat, die Vorlage zurückzuziehen. Dann müssen wir nicht Mitglied werden, wir können zu einem späteren Zeitpunkt der e-sy den Auftrag für den Betrieb der Smartmeter in der Gemeinde Windisch vergeben. Ich bitte die Zusatzanträge abzulehnen und dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Fredy Bolt (SP): Der gemeinsame Nenner der Zusatzanträge ist, dass der Einwohnerrat an zwei strategischen Punkten in die Geschäftsbeziehung mit der e-sy eingreifen kann. Die Aktionärsbindung muss hin und wieder geprüft werden, nicht nur durch den Gemeinderat, sondern auch durch den Einwohnerrat. Die Aktionärsbindung dauert 5 Jahre, anschliessend folgen Perioden von 3 Jahren. Der Antrag will, dass das Geschäft nach 4 und später nach 2 Jahren geprüft wird. Dann entscheiden wir über die Weiterführung der Zusammenarbeit. Das ist ein strategischer Entscheid und dieser gehört in die Legislative. Der zweite Zusatzantrag hängt mit der Ungewissheit bezüglich des Dienstleistungsangebotes der e-sy zusammen. Im Moment sind die Dienstleistungen klar definiert. In ein paar Jahren wird jedoch das Dienstleistungsangebot ausgebaut. In welche Richtung dieser Ausbau geht, wissen wir nicht. Es ist möglich, dass sich die Werke weitgehend zu einer e-sy AG zusammenschliessen und ein eigenes Werk bilden. Hier sind ebenfalls strategische Entscheide gefordert. Es gilt zu überlegen, wie die Selbständigkeit des EW erhalten werden kann.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Ich gehe auf die verschiedenen Punkte ein. Es gibt Stand heute keine Alternativen zu dieser e-sy Gesellschaft. In einigen Jahren wird es Anbieter geben, welche auf dem Markt ähnliche Dienstleistungen anbieten werden. Das AEW beispielsweise wird ähnliche Sachen anbieten. Es war dem Gemeinderat wichtig, dieses Thema proaktiv anzugehen und nicht irgendwann als reiner Kunde eine Dienstleistung einzukaufen. Wir verfolgen dieses Thema aktiv und wollen Einfluss nehmen können. Dies ist nur möglich, wenn wir Aktionäre der Gesellschaft sind, ein Teil dieser zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft sind.

Der Gemeinderat sei zu hastig vorgegangen. Dies ist wichtig, weil uns der Fahrplan von aussen vorgegeben wird. Diverse Marktplayer sind schneller unterwegs als wir und haben diese Aktion lanciert. Wir haben uns bewusst entschieden bei diesem Zug mitzureisen. Der Datenschutz ist in der Stromversorgungsverordnung Art. 8b geregelt. Der Artikel ist relativ offen, er wird jedoch in den nächsten Jahren noch präzisiert werden müssen. Es ist vergleichbar mit Axioma, auch hier werden sehr sensible Daten verarbeitet. Nicht alle sind für den Einwohnerrat bestimmt, für die Gemeinderatssitzungen hat es schützenswerte Daten aus dem Sozialbereich. Wir haben einen externen IT-Dienstleister, welcher sich an die Datenschutzvorschriften der Gemeinde halten muss. Diese Konstellation stellt für e-sy absolut kein Problem dar.

Das Submissionsrecht wurde angesprochen. Alle Aktionäre der e-sy sind daran interessiert, dass das Submissionsrecht eingehalten wird, denn sie sind daran gebunden. Die

Abklärungen der e-sy sind seriös erfolgt und die Bestimmungen werden garantiert eingehalten.

Der Zusatzantrag, die Verlängerung des Aktionärsbindungsvertrags dem Einwohnerrat vorzulegen, ist speziell. Ich weiss nicht, bei wie vielen Gemeindeverbänden und AG's Windisch Mitglied und beteiligt ist. Die meisten Verträge verlängern sich automatisch und ich habe keine Kenntnis davon, dass dies vom Einwohnerrat genehmigt werden muss. Will der Gemeinderat einen Vertrag kündigen, liegt die Kompetenz gemäss Gemeindeordnung beim Einwohnerrat. Läuft ein vom Einwohnerrat genehmigter Vertrag weiter, ist dies Sache des Gemeinderates. Wünscht der Einwohnerrat, dass der Gemeinderat ein bestimmtes Thema bearbeitet, kann er parlamentarische Vorstösse einreichen. Ich bitte den Zusatzantrag abzulehnen, da er nicht der gängigen Praxis und den Bestimmungen der Gemeindeordnung entspricht. Der zweite Zusatzantrag will, dass der Einwohnerrat festlegen kann, welche zusätzlichen Dienstleistungen die e-sy für die Gemeinde erbringen soll. Die Vergabe von Arbeiten im Rahmen des Budgets liegt klar in der Kompetenz des Gemeinderates. Zitat Gemeindeordnung: „Die Begründung und Erfüllung von finanziellen Verpflichtungen für die Gemeinde im Rahmen des Budgets und der bewilligten ausserordentlichen Kredite...“. Ist eine Aufgabe, Ausgabe zu vergeben, ob es nun an e-sy oder an einen anderen Dienstleister ist, liegt dies klar in der Kompetenz des Gemeinderates und teilweise in der Kompetenz der Verwaltung. Es wäre mehr als befremdend, wenn für ein kleines Projekt von CHF 5'000.00 ein Einwohnerratsbeschluss notwendig ist, nur weil der Dienstleister e-sy heisst. Ich bitte auch diesen Zusatzantrag abzulehnen. Er beschneidet die in der Gemeindeordnung festgelegte Kompetenz grundlos.

Fredy Bolt (SP): Ich fühle mich von Matthias Treier missverstanden. Wir werden Teil der Aktiengesellschaft. Die Frage ist, wie sind wir in dieser Aktiengesellschaft integriert, und nicht die Vergabe von Dienstleistungen über CHF 5'000.00. Es ist ein ordnungspolitisches Thema, welche Aufträge an ein Dienstleistungsunternehmen vergeben werden. Es ist ein Unterschied, ob wir etwas an eine Firma vergeben oder ob wir als Aktionär mit gewissen Verpflichtungen beteiligt sind. Es ist deshalb wichtig, den Umfang der Integration in die e-sy AG unter Kontrolle zu halten.

Philipp Umbricht (FDP): Es geht um so etwas wie eine ordnungspolitische Frage, es geht um den Kauf von Aktien einer Firma. Sind wir mit dem Aktionärsbindungsvertrag nicht zufrieden, dürfen wir keine Aktien kaufen, da der Vertrag faktisch zu den Aktien gehört. Wollen wir die Aktien nicht mehr, können wir sie verkaufen. Dies liegt nicht in der Kom-

petenz des Gemeinderates. Will der Einwohnerrat aussteigen, kann er eine entsprechende Motion einreichen. In vier Jahren die gleiche Diskussion wieder zu führen bringt nichts. Wir verkaufen nicht das EW oder integrieren das EW in eine andere Firma. Wir beteiligen uns lediglich an einer Firma, welche eine Dienstleistung anbietet, welche das EW irgendwo beziehen muss. Mit dem Kauf der Aktien verpflichten wir uns nur, dass wir die Dienstleistungen bei der e-sy beziehen, aber es ist keine Integration. Die Alternative wäre, die Dienstleistung anderswo einzukaufen oder selbst zu machen. Aufgrund der Bundesgesetzgebung gibt es diese Alternative jedoch nicht. Wir haben drei Varianten: Vorschlag des Gemeinderates, irgendwo freihändig, oder selber. Für mich ist die Variante, wo wir bei den Dienstleistungen mitbestimmen können, die sinnvollste. Ich wiederhole mich: Gutheissung Antrag Gemeinderat, Ablehnung der Zusatzanträge.

Toni Burger (CVP): Ich teile diese Ansicht. Wir haben den Gemeinderat bei der Beratung der Rechnung gerühmt und den sorgfältigen Umgang mit den Finanzen verdankt. Wir haben Vertrauen in den Gemeinderat und dies wird auch in Zukunft so sein. Sieht der Gemeinderat in drei bis 4 Jahren, dass es nicht wie geplant läuft, wird er den Ausstieg beantragen. Zusatzantrag 1 ist überflüssig.

Offene Abstimmungen

Zusatzantrag 1 Fredy Bolt (SP)

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Gemeinderat legt die Verlängerung der Aktionärsbindung jeweils vor Ablauf der Kündigungsmöglichkeit dem Einwohnerrat zur Genehmigung vor.

Zusatzantrag 2 Fredy Bolt (SP)

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja- gegen 19 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Eine Ausweitung der Geschäftsbeziehung mit der e-sy AG über die verpflichtenden Kernleistungen hinaus ist vom Einwohnerrat in geeigneter Form zu genehmigen.

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja- gegen 14 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit für die Beteiligung der Einwohnergemeinde Windisch an der e-sy AG mit einem Aktienkapital von CHF 24'000.00

Der Einwohnerrat fasst mit 23 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit für das Aktionärsdarlehen der Einwohnergemeinde Windisch zugunsten der e-sy AG im Betrag von CHF 36'000.00.

10 Verpflichtungskredit Photovoltaik-Anlage auf der Schulanlage Chapf

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Im ersten Teil der Sitzung war gut spürbar, wie es ist, wenn die Wärme der Sonne auf die Erde kommt. Eine gute Anlage kann Sonnenlicht in eine andere Energieform als Thermikenergie umwandeln, nämlich die elektrische Energie. Ich spreche von den Photovoltaik-Anlagen. Ohne eine Diskussion über die nationale Energiepolitik lancieren zu wollen, besteht doch ein grosser Konsens, dass die Photovoltaik für eine zukünftige dezentralisierte Produktion der Energieversorgung ein wichtiges Puzzleteil ist. Dies nicht zuletzt aufgrund der CO2-Thematik.

Wieso ist Geld für ein solches Projekt vorhanden? In Zusammenhang mit den rekordtiefen Stromeinkaufspreisen 2017-2019 hat der Gemeinderat entschieden, den regulatorisch maximal zulässigen Gewinn von CHF 35.00/Rechnungsempfänger im Bereich Energie abzuholen und die Tarife einzuspeisen. Aufgrund des glücklichen Händchens beim damaligen Einkauf sind die Tarife in Windisch, obwohl der Gewinn maximiert wurde, unter dem Durchschnitt des Kantons und dem gesamtschweizerischen Durchschnitt geblieben. Das in der Spezialfinanzierung Elektrizitätsversorgung im Bereich Energie angehäufte Guthaben soll für ein Projekt in dieser Sparte verwendet werden. Eine anderweitige Verwendung ist aufgrund der Zweckgebundenheit der Spezialfinanzierungen nicht möglich. Das PV-Projekt ist weder ein rein finanzielles Investment noch ein wunderschönes Vorzeigeprojekt ohne konkreten Nutzen. Es gilt nicht nur, für das Label „Energiestadt“ Punkte zu holen. Das pragmatische Projekt zeigt, was mit Photovoltaik heute

möglich ist. Es ist weder eine garantierte finanzielle Cashflow- noch eine à Fonds Perdu Investition, es ist etwas in der Mitte. Die Anlage braucht eine lange Laufzeit, sodass man heute noch nicht sagen kann, ob es am Schluss ein bisschen über oder unter CHF 0.00 sein wird. Es kann aber für alle Windischer und Windischerinnen ein Anstoss sein, sich selber über die Energie-Themen Gedanken zu machen, ohne, dass der Einzelne bevormundet oder seiner Eigenverantwortung beraubt wird. Der Gemeinderat macht deshalb beliebt, dieses Geld für die PV-Anlage zu sprechen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Philipp Ammon (SVP): Wir haben über die Vorlage philosophiert, man kann die Solar-energie unterstützen oder nicht. Wir haben versucht, die Sache pragmatisch zu betrachten. Risiken, sehr schnell sind im Axioma Fragen zum Flachdach aufgetaucht. Ist es dicht, was passiert bei einer Sanierung, Fragen die sich uns gestellt haben. Persönlich bin ich immer noch skeptisch, ob die Turnhalle die Amortisationsdauer dieser Anlage überlebt. Es ist eine Philosophiefrage und die Meinungen diesbezüglich gehen auseinander. Die Fraktion unterstützt den Antrag mehrheitlich. Wir hoffen auf ein Nullsummenspiel in den nächsten 20 Jahren.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt das Photovoltaik-Thema. Nicht nur die Energiegewinnung soll Thema sein, auch der Natur ist Rechnung zu tragen. Wir empfehlen das Dach extensiv zu begrünen. Viele Leute haben ihr Flachdach bereits extensiv begrünt. Dass dies auch in Kombination mit einer PV-Anlage möglich ist, haben noch nicht alle verstanden. Es ist möglich und in der entsprechenden SIA-Norm festgehalten. Der Aufwand ist grösser um das Substrat noch einzubringen. Die Begrünung wird sich positiv auf die Biodiversität und die darunterliegenden Räume auswirken, aber auch auf diejenigen, welche für das Dach verantwortlich sind. Windisch soll mit gutem Beispiel vorgehen und eine Kombination mit Solarnutzung und Begrünung machen. Wir stellen keinen formellen Antrag. Wir vertrauen darauf, dass unsere Empfehlung umgesetzt wird.

Stefan Fehlmann (EVP): Seit Fukushima ist das Thema erneuerbare Energien noch mehr in den Vordergrund gerückt. Aus meiner Sicht ist es sinnvoll, so grosse Flächen für eine PV-Anlage zu benutzen. Wie lange das Flachdach dicht ist werden wir sehen. Grundsätzlich wäre möglich, die Anlage zu demontieren, das Dach zu reparieren und die Anlage

wieder zu montieren. Windisch als Energiestadt hat eine Vorbildfunktion. Vielleicht lassen sich dadurch Private animieren, ebenfalls eine PV-Anlage zu montieren.

Goran Marinkovic (SP): Wir unterstützen eine Photovoltaik-Anlage auf geeigneten Dächern von Schulanlagen. Wir schätzen die Möglichkeit über Axioma Fragen zu stellen. Deshalb wissen wir, wer die Dachsanierung bezahlen muss, um die Solaranlage hinunterzunehmen und wieder zu montieren. Drei Punkte sind uns aufgefallen:

Abklärungen über die Baustatik hätten im Vorfeld gemacht werden müssen, um in der Botschaft darüber informieren zu können. Die Entschädigung von CHF 500.00 der Einwohnergemeinde Windisch ist wohl ein symbolischer Beitrag. Solange das EW Windisch uns gehört ist diese Pauschalabgabe eine vertretbare Unterstützung. Im Falle einer Rechtsformänderung muss diese Entschädigung neu diskutiert werden.

Wir bedauern, dass nicht die Einwohnergemeinde als Energiestadt die Photovoltaik-Anlage auf dem gemeindeeigenen Gebäude baut und betreibt, sondern das EW Windisch. Der Betrieb der Photovoltaik-Anlage ist bei unserem EW in guten und fähigen Händen. Die SP-Fraktion unterstützt den Verpflichtungskredit.

Thomas Wernli (SP): Die Photovoltaik-Anlage ist in Ordnung. Aber eine Begrünung dieses alten Daches ist dann doch zu viel. Die extensive Begrünung ist Bestandteil des NLEK. Diese soll jedoch bei Neubauten erfolgen und nicht auf einem so alten Dach.

Philipp Umbricht (FDP): Eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach macht grundsätzlich Sinn. Ein Vorbehalt: In den 90er Jahren konnte die Turnhalle eine Zeit lang aus statischen Gründen nicht benützt werden. Ich hoffe, dass das Dach die Anlage tragen kann. Seltsam ist, dass das EW eine Photovoltaik-Anlage betreibt. Dies ist auf den Gewinn aus dem Strompreis zurückzuführen. Es besteht ein Widerspruch, da das EW ein Eigenwirtschaftsbetrieb und langfristig ausgeglichen arbeiten muss. Ein Eigenwirtschaftsbetrieb und Gewinn vertragen sich nicht. Die in Zusammenhang mit dem Strompreis eingeleitete Massnahme ergibt Sinn. Ich erwarte, dass bei steigenden Strompreisen der Gewinnanteil wieder sinkt. Anders gesagt: Bevor ich höhere Stromtarife bezahlen muss, muss der Gewinn auf Null reduziert werden.

Ein zweites Problem: Der Eigenwirtschaftsbetrieb hat Gewinn erarbeitet und wir dürfen diesen nicht verwenden. Wir müssen diese Mittel ausgeben, beispielsweise für diese Photovoltaikanlage. Arbeiten wir nicht damit, bezahlen wir irgendwann Negativzins. Hätten wir das EW in eine AG umgewandelt, die uns zu 100% gehört, könnten wir beschliessen: „Die AG EW Windisch schüttet eine Dividende aus“. Dieses Geld würde der Gemeinde

Windisch zugutekommen, allerdings könnte damit immer noch keine Photovoltaik-Anlage finanziert werden. Die Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja-Stimmen gegen 1 Nein-Stimme wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat genehmigt den Verpflichtungskredit von brutto CHF 280'000 inkl. MWSt. zu Lasten der Spezialfinanzierung Elektrizitätswerk (Bereich Energie) für den Bau einer Photovoltaik-Anlage auf der Schulanlage Chapf.

11 Motion FDP-Fraktion „Kundenparkplätze vor dem Gemeindehaus“; Überweisung

Martin Gautschi (FDP): Die Motion ist in Zusammenhang mit der Erneuerung der Umgebung des Gemeindehauses entstanden. Die neu entstehenden Parkplätze sollen im Sinne der Kundenfreundlichkeit denjenigen Leuten zugutekommen, welche das Gemeindehaus aufsuchen müssen. Die Gemeinde besitzt seit langem 10 Parkplätze in der Tiefgarage, welche nicht alle belegt sind. Die Angestellten sollen diese Parkplätze benützen. Im Sinne der Kundenfreundlichkeit soll eine Parkdauer von 30 Minuten gratis sein. Wir bitten die Motion zu überweisen.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Dieses Anliegen ist nicht motionswürdig, das Postulat wäre die richtige Form. Der Gemeinderat ist bereit, ein entsprechendes Postulat entgegenzunehmen. Es kann sofort abgeschrieben werden, da das Projekt im Sinne des Vorstosses geplant ist.

Martin Gautschi (FDP): Ich bin mit der Umwandlung einverstanden.

12 Postulat Fredy Bolt (SP) „Errichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz“; Überweisung

Fredy Bolt (SP): Die Idee entstand an einem heissen Apriltag, meine Frau und ich sind nach einer Wanderung nach Hause gelaufen. Meine Frau hat auf dem Campus-Platz einen Brunnen vermisst und sie hat Recht. Auf dem Platz und in der Umgebung halten sich immer viele Menschen auf. Ein Brunnen würde die Qualität des Platzes aufwerten. Wie der Brunnen aussehen soll überlasse ich den Ideen des Gemeinderates.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Die Idee ist grundsätzlich sympathisch. Ich bin mehr Velofahrer und bin bei meinen Touren jeweils froh um öffentliche Brunnen, um den Bidon wieder aufzufüllen. Beim Campus-Platz ist die Realisierung eines Brunnens nur schwer und mit grossem Aufwand realisierbar. Er müsste im Bereich der bestehenden Wasserleitungen platziert werden. Es kann nicht die Idee sein, den Campus-Platz schon wieder aufzureissen, um für einen Brunnen neue Wasserleitungen zu verlegen. Das Brunnenwasser sollte idealerweise versickern, dies ist aufgrund der verschiedenen Tiefgaragen aber nicht überall möglich. Somit müsste das Wasser in eine Kanalisation abgeleitet werden, was bedingt, dass der Brunnen auch in die Nähe einer bestehenden Kanalisation zu stehen käme. Die diversen Rahmenbedingungen schränken den Standort stark ein. Zudem soll der Platz wie bisher für Feste, die Eisbahn und vieles mehr genutzt werden können. Die Zugänglichkeit für Lieferanten darf ebenfalls nicht eingeschränkt werden. Der Brunnen müsste auf diesem grossen Platz eine entsprechende Grösse haben, damit er etwas ausstrahlen kann. Aufgrund der Kombination all dieser Gründe ist die Realisierung eines Brunnens eher unwahrscheinlich. Aus Sicht des Gemeinderates kann dieses Postulat nicht auf sinnvolle Art und Weise umgesetzt werden.

Fabian Schütz (SVP): Ich bin jede Woche auf dem Campus-Areal. Nicht weil ich dort studiere oder arbeite, sondern weil es ein guter Ort ist. Man kann essen, man kann sich treffen. Der Campus ist von Profis geplant und gebaut worden. Es ist ein gelungenes Konzept und ich sehe keinen Handlungsbedarf für eine Veränderung.

Philipp Umbricht (FDP): Dieses Postulat bereitet mir Mühe. Einerseits will man einen Brunnen, andererseits Trinkwasser zum Trinken, dafür genügen Trinkwasserspender. Matthias Treier hat es angesprochen, ein Brunnen auf diesem Platz braucht eine gewisse Grösse. Ein Brunnen wie vor dem Gemeindehaus oder beim Neumarkt ist als Trinkwasserspender nicht geeignet.

Fredy Bolt (SP): Ich denke nicht an einen grossen Brunnen. Der Gemeinderat kann kreative Lösungen vorschlagen.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 19 Ja- gegen 18 Nein-Stimmen, mit Stichentscheid des Präsidenten, wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat „Errichtung eines Brunnens auf dem Campus-Platz“ wird überwiesen.

13 Beantwortung von gestellten Fragen

Kleine Anfrage Thomas Wernli (SP) „Planerevaluation Neubau Schulanlage Dohlenzelg“

Max Gasser, Gemeinderat (FDP):

„Wie ist der Stand der Planerevaluation respektive kann das angestrebte Ziel eingehalten werden?“

Wir führen eine Historie über dieses Projekt. Dieses Jahr wurden folgende Punkte bearbeitet: Am 15. Januar 2019 fand die Startsitzenng zum Planerwahlverfahren statt, anschliessend wurden die Fachjuroren gewählt. Am 28. Februar 2019 war die Startsitzenng der Begleitgruppe, am 2. April 2019 wurde das weitere Vorgehen vorgestellt. Am 9. Mai 2019 fand ein Workshop zum Raumprogramm statt. Am 13. Juni 2019 hat die Begleitgruppe das Pflichtenheft verabschiedet. Der Historie-Block kann den Fraktionen zugestellt werden.

Der Zeitplan kann nicht eingehalten werden, weil wir bedeutend mehr Zeit benötigen. Der Umfang und die Qualität der zu erwartenden Eingaben wird eine längere Verarbeitungszeit beanspruchen als ursprünglich geplant. Der Einbezug der Schule und die Durchführung eines Workshops erforderte eine Zusatzrunde. Alle Beteiligten wurden über den aktuellen Standort informiert und eingeladen, ihre Stellungnahmen abzugeben.

„Gibt es neue Erkenntnisse zum Aussenraum und Raumprogramm?“

Die Bedürfnisse des Aussenraums haben wir mit dem gesprochenen Zusatzkredit im Herbst abgeholt. Es wurde abgeklärt, was die Schule und die Sportvereine benötigen. Der Gemeinderat wird das definitive Raumprogramm anfangs Oktober verabschieden.

„Wie ist die Begleitgruppe zusammengesetzt?“

Vorbehältlich der Zustimmung des Gemeinderates am 1. Juli 2019 setzt sich die Begleitgruppe wie folgt zusammen:

Sachpreisrichter: Max Gasser (GR), Roland Schneider (P+B), Amir Nuredini (Schulpflege), Karin Rüegg (Vertreterin Lehrerinnenteam Dohlenzelg Vorschule und Unterstufe), Co Streiff (Vertreterin Mittelstufe).

Fachpreisrichter: Beat Klaus (Architekt), Stefan Schrämmli (Landschaftsarchitekt), Barbara Schudel (Architektin), Bruno Wegmüller (Bauökonom) und Ivo Moeschlin (Architekt der ARC-Consulting, welcher die Moderation macht).

„Wann wird die Echogruppe eingesetzt?“

Wir benötigen noch Nominationen. Unser Wunsch ist, dass diejenigen welche bereits in der Echogruppe vertreten waren, weiter mitarbeiten, um das vorhandene Wissen zu sichern. Es hat jedoch Abgänge. Die CVP braucht einen Ersatz für Barbara Scheidegger, die SVP für Marco Valetti, die SP für Reto Candinas und die EVP für Ruedi Kümin. Gesetzt sind Paul Bitschnau (SP), Matthias Knecht, Philipp Umbricht (FDP) und Philipp Ammon (SVP). Wir wollen explizit das Echo aus dem Einwohnerrat.

Kleine Anfrage Fredy Bolt (SP) zur aktuellen Situation bei der Ostaargauischen Strassenentwicklung OASE im Raum Windisch

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

„Welche Windisch betreffenden Inhalte werden in den Planungsvereinbarungen geregelt? Welche Verbindlichkeit kommt den Planungsvereinbarungen zu, und auf welchem Weg gedenkt der Gemeinderat diese abzuschliessen. Lässt er sich dabei von unabhängigen Fachleuten beraten?“

Roland Schneider und mir wurde die Planungsvereinbarung vor rund vier Wochen übergeben. Wir werden während der Sommerpause das Projekt sauber aufarbeiten. Anschliessend wird der Gemeinderat regelmässig zu gewissen Abschnitten Stellung nehmen müssen. Die Zustellung der Protokolle hat sich verzögert, wir haben diese als eine der ersten Gemeinde erhalten. Der Kanton rechnet, dass die Gespräche und die Übergabe bis zur Sommerpause stattgefunden haben werden. Der Gemeinderat wird sich damit auseinandersetzen, bei Bedarf auch die Kommissionen. Bei Bedarf kann die Planung +

Bau Fachkräfte beiziehen und sich beraten lassen. Es ist nicht vorgesehen diese Planungsvereinbarung öffentlich zu machen. Wir nehmen an, dass auf dieser ersten Fassung aufgebaut wird. Während dem Oase-Prozess, welcher 20 bis 30 Jahre gehen wird, können laufend Anpassungen gemacht werden. Der Kanton schliesst diese Planungsvereinbarungen aufgrund von Erfahrungen beim Verkehrsmanagement ab. Bestehen keine Vereinbarungen, besteht für die Gemeinde keine Verbindlichkeit. Bei diesem Strassenprojekt soll genau vereinbart werden, welche Bereiche wann entwickelt werden. Das Papier ist sehr umfangreich und wir haben noch beinahe ein Jahr Zeit bis zur unterschriftsreifen Vereinbarung.

„Welche Haltung nimmt der Gemeinderat grundsätzlich zur OASE und speziell zur sogenannten Bestvariante im Raum Brugg-Windisch ein?“

„Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass die geplante oberirdische Linienführung mit einer Rampe über den Bahndamm die zukünftige hochwertige Siedlungsentwicklung im Bereich des Kabelwerk- und des soeben aufgezonten SBB-Areals stark beeinträchtigt, und dass durch Rampe und Brücke weiträumig hörbarer Lärm entsteht?“

Die Projektleitung liegt beim Kanton. Regelmässig wird über neue Entscheide auf der Plattform OASE Raum Brugg informiert. Die letzten Entscheide sind seit einem Jahr auf der Plattform aufgeschaltet. Dort kann man unter anderem lesen, dass sich die involvierten Gemeinden, unter anderem Windisch, für die Westvariante ausgesprochen haben. Windisch hat dem Kanton mitgegeben, dass die Tunnelpforte möglichst weit westlich verlegt wird. Dies ist auf der Plattform nicht ersichtlich. Bei der vor rund 1 ½ Jahren durchgeführten Besichtigung wurde realisiert, dass im Bereich Habsburg-Brücke/Tunnelpforte infolge der Gleisanlagen extreme Herausforderungen zu meistern sind. Weder die Arbeitsgruppe noch die Behördendelegation haben nähere Informationen erhalten. Der Kanton setzt seit Festlegung der Westvariante das Schwergesicht auf den Langsamverkehr, wo grosse Fortschritte erzielt wurden.

„Ist sich der Gemeinderat bewusst, dass ein direkter Anschluss im Bereich dieses Areals ein hohes regionales Verkehrsaufkommen auf den Quartierstrassen hervorrufen wird? Wurden entsprechende Abklärungen getroffen?“

„Ist der Gemeinderat bereit, sich für eine Unterquerung anstelle einer Überquerung des Bahndamms und für den Verzicht auf den Anschluss mitten im Quartier einzusetzen?“

Weshalb wird der Anschluss Kabelwerk dargestellt? Dies ist auf die Erschliessungsplanung der Vision Mitte zurückzuführen. Man ist davon ausgegangen, dass die Erschliessung über die Projektanlagen Campus erfolgt, die Parkanlagen miteinander verbunden werden und dann einen direkten Anschluss schafft. Der Schwerverkehr der Kabelwerke sollte über diesen Anschluss fahren. Auf dieser Grundlage hat der Kanton den Eintrag vorgenommen. In der Zwischenzeit wurden Gespräche zwischen dem Kanton, der Gemeinde Windisch und Brugg Kabel geführt. Brugg Kabel muss Stellung beziehen, ob ein Anschluss für den Schwerverkehr notwendig ist oder nicht. Brugg und Windisch müssen sich mit der Regelung dieser Erschliessung auseinandersetzen. Im Gespräch mit der Quartierentwicklungsgruppe habe ich gemerkt, dass man im Quartier davon ausgeht, dass der Anschluss für den öffentlichen Verkehr von Windisch und Brugg benützt werden kann. Das war nie so gedacht. Ein Anschluss ist positioniert, bis geklärt ist, wie die Erschliessung von der unteren Klosterzelg bis zum Bahnareal realisiert werden kann. Die Anschlüsse sieht man auf der Homepage unter „mögliche Zwischenanschlüsse“.

„Wie und wann gedenkt der Gemeinderat die Öffentlichkeit über seine Haltung zu informieren? Ist er bereit, darüber eine Diskussion zu führen?“

Der Eintrag im Richtplan ist für den Kanton Anlass, im Oktober eine nächste öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen. Es ist eine öffentliche Anhörung, was die Möglichkeit bietet, Fragen zu stellen. Der Gemeinderat wird nach dem Anlass seine Haltung formulieren und Stellung zur Richtplananpassung beziehen. Ich betone speziell, dass sich der Kanton im Moment im Raum Brugg intensiv mit den Themen motorisierter Individualverkehr, ÖV, Fuss- und Velowege auseinandersetzt. Die Räume Brugg und Baden haben nicht denselben Bearbeitungsstand. Im Raum Brugg wird im Moment Zeit und Geld in die flankierenden Massnahmen investiert, welche vor der Strasse umgesetzt werden sollen. Der Kanton hat aus der letzten Anhörung gemerkt, dass es wichtig ist, die Verkehrsentwicklung als Ganzes zu betrachten und nicht nur einzelne Strassenprojekte. Ich empfehle den Informationsanlass zu besuchen und sich dort einzubringen. Die Gemeinde wird das tun und auch Partner suchen, damit die Eingaben gemeinsam gemacht werden können.

Fredy Bolt (SP): Ich habe die Antwort auf Frage sechs verpasst: „Ist der Gemeinderat bereits sich für eine Unterquerung anstelle einer Überquerung des Bahndamms einzusetzen?“

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Das Tunnelportal wird möglichst weit westlich gesetzt. Weitere Aussagen sind nicht möglich, weil dieser Punkt stark vom SBB-Betrieb abhängig ist.

Kleine Anfrage Johanna Feusi (SP) „Engagement für Tanz und Kunst“

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

„Besteht ein Konzept/ein Kostenrahmen und ein Stundenbudget für die Leistungen für Tanz und Kunst der Gemeindeverwaltung tagsüber zu Bürozeit und abends? Die frühere Organisation rechnete mit ca. 2 1/2 Stunden Aufwand pro Person und Abend, total ca. 10 Stunden Aufwand pro Theaterabend und ca. 300 Stunden pro Jahr.“

„Werden die Stunden und Aufwendungen auf das Projekt abgerechnet, werden sie also in einem separaten Konto in der Rechnung 2019 erscheinen?“

„Werden weitere Organisationen, zum Beispiel auf den Dienst der Gemeindeverwaltung Windisch zugreifen können in Bezug auf Vorverkauf, Programmverkauf, Inserat o.Ä.“

„Für die Werbung in Sachen Tanz und Kunst wurde die Mailadressliste der Einwohnerräte und Kommissionsmitglieder verwendet - haben auch weitere kultur- und gesellschaftlich engagierte Organisationen Zugang zu diesem Mailverteiler? Gibt es generell einen Leitfaden dazu?“

Tanz und Kunst ist ursprünglich ein Projekt der Stadt Baden. Die Aufführungen fanden in der Klosterkirche statt, wurden von Baden finanziert und organisiert. Mittlerweile hat man gemerkt, dass es wichtig ist, die Standortgemeinde einzubinden. Wir unterstützen die Aufführungen mit einem Beitrag, welcher in Geldform oder in Leistungen erfolgt. Dieses Jahr haben wir zum ersten Mal den Ticketverkauf gemacht und Freiwillige für die Abendkasse und den Programmverkauf organisiert. Diese Leute werden nicht durch die Gemeinde, sondern wie in den Vorjahren von Tanz & Kunst entschädigt. Es gab Essens- und Getränkergutscheine und einen Gratisbesuch einer Vorführung. Ich hoffe, dass die Integration von Tanz & Kunst in die Gemeinde allen wichtig ist. Ich staune, welche hochstehende Vorführung in der Klosterkirche stattfindet. Ich mache Mut, auch das Pädagogische Projekt nächstes Jahr entsprechend zu unterstützen. Für die mitwirkenden Schülerinnen und Schüler eine sehr wertvolle Erfahrung.

Johanna Feusi (SP): Es geht nicht um das tolle Projekt. Ich war in den vergangenen Jahren selber Mitglied der Freiwilligengruppe und habe Mühe, dass die Gemeinde diese Arbeit übernimmt. Freiwilligenarbeit soll in unserer Gemeinde geschätzt und unterstützt werden. Ich sehe keine Notwendigkeit, dass die Gemeinde diese übernimmt und damit freiwillige Helfer entmutigt. Weshalb hat man die Arbeit der bestehenden Freiwilligengruppe übernommen?

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wir wurden offiziell angefragt.

Stefan Wagner, Gemeindeglied II: Am 6. Januar hat ein Gespräch zwischen Pit Hartmeier, Jasmin Enderli und mir stattgefunden. Dabei wurden wir offiziell angefragt, den Vorverkauf und die Organisation der Abendkasse zu übernehmen. Dies machen wir auch für andere Organisationen, wie beispielsweise das Freilichtspektakel. Wir haben niemandem etwas weggenommen. Die Organisation mit der vorherigen Gruppe war eine Angelegenheit von Tanz & Kunst und nicht der Gemeinde Windisch.

Kleine Anfrage Luzia Capanni (SP) „Bibliothekspersonal im Nebenamt – Attraktivität der Gemeinde Windisch als Arbeitgeber?“

Bruno Graf, Gemeinderat (SP):

„Wurde eine Lohnpassung an lokale- und branchenübliche Löhne geprüft? Wenn ja, warum wurden die Löhne nicht angepasst?“

Die Ansätze der Mitarbeitenden, welche im Stundenlohn angestellt sind, werden zurzeit überprüft und Ende 2019 vom Gemeinderat festgelegt. Allfällige Anpassungen fliessen in die Lohnzahlungen ab 01. Januar 2020 ein. Die Überprüfung betrifft die Funktionen der Reinigungshilfen, Aufgabenhilfen, Bibliotheksmitarbeiterinnen, Kassierinnen, Zählerableserinnen etc. Es wurden Umfragen in vergleichbaren Gemeinden gemacht. Die Bibliothekskommission hat zusätzlich eine eigene Umfrage lanciert. Die Ergebnisse werden in der nächsten Kommissions-Sitzung diskutiert. Als beratende Kommission kann sie dem Gemeinderat einen entsprechenden Antrag stellen, welcher in die Auslegeordnung einfliesst.

„Reichen die aktuellen Stellenprozente um das Bibliotheksangebot auch gezielt weiterzuentwickeln und den zukünftigen Anforderungen anzupassen?“

Die rund 80 Stellenprozent, aufgeteilt auf 4 Bibliotheksmitarbeiterinnen, sind aus heutiger Sicht genügend. Im Zuge von personellen Veränderungen werden diese jeweils geprüft und besprochen.

„Wird geprüft, ob die Gemeinde Windisch das BVG auch für Kleinpensen bezahlt?“

Beim BVG orientieren wir uns an der gesetzlichen Eintrittsschwelle von aktuell CHF 21'330.00. Eine Reduktion dieser Eintrittsschwelle ist kein Thema.

Kleine Anfrage Luzia Capanni (SP) „Förderung von Belegungs- und Begegnungsorten in den Quartieren“

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

„Ist in der Strategie des Gemeinderates eine Förderung von Belebungs- und Begegnungsorten auch in anderen Quartieren enthalten?“

„Hat der Gemeinderat konkrete Pläne zur Förderung weiterer Belebungs- und Begegnungsorten in anderen Quartieren? Falls ja, welche?“

„Werden zukünftige Initiativen aus der Bevölkerung zur Förderung von Begegnungsorten und einer Belebung der Quartiere ebenfalls finanziell unterstützt?“

Das RELB beantwortet die erste Frage, wo sich der Gemeinderat zur Zentrums- und Quartierentwicklung äussert. Die Zentrumsentwicklung ist wichtig, in diesem Zusammenhang steht der Dorfmarkt mit dem Marktplatz. Wer bereits etwas länger im Einwohnerrat sitzt weiss, dass 2011 im Rat der Bau einer Markthalle auf diesem Platz diskutiert wurde. Einerseits um dem Zentrum mehr Gewicht zu verleihen, andererseits als Zeichen regelmässig einen Markt durchzuführen. Der Einwohnerrat hat dies abgelehnt, den Gemeinderat aber beauftragt, das Thema Marktsituation/Treffpunkt Dorf weiter zu verfolgen. Dies machen wir aktuell mit dem regelmässig stattfindenden Vindonissamarkt. Die Zentren sind ebenfalls im RELB enthalten. Im Chapf und Unterdorf werden zwei weitere Standorte für solche Zentren geplant. Nicht für einen Markt, sondern als Begegnungszonen für das Quartier, um sich zu treffen oder einen Anlass durchzuführen. Wir werden über die Sommerpause prüfen, wie es mit den Marktständen weitergeht, die wir bisher gratis zur Verfügung gestellt haben. Der Gemeinderat hat nicht die Absicht, weitere solche Aktionen in den Quartieren zu finanzieren.

Kleine Anfrage Mirjam Aebischer (SP) „Zugang Brücke zum Habsburgwald für Fussgängerinnen und Fussgänger“

Rosi Magon, Vizepräsidentin (SP):

„Was hat der Gemeinderat in der Planungsphase der Südwestumfahrung unternommen, um den Zugang der Bewohner und Bewohnerinnen des Quartiers Klosterzelg-Reutenen während der Bauphase zu ihrem Naherholungsgebiet zu gewährleisten?“

„Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen um den Zugang der Bewohner und Bewohnerinnen des Quartiers Klosterzelg-Reutenen zu ihrem Naherholungsgebiet sicherzustellen, zumindest in den Phasen, in denen nicht aktiv Bauarbeiten an der Brücke über die Bahngeleise, resp. Südwestumfahrung ausgeführt werden: Wochenende, Randstunden, Pausen in den Bauarbeiten?“

Grosse Bauwerke wie die Südwestumfahrung bringen auch Aus- und Nebenwirkungen. Ich betone, die Südwestumfahrung ist ein Projekt des Kantons. Die Gemeinde ist nicht involviert, aber logischerweise hat das Projekt direkte Auswirkungen auf unsere Bevölkerung. Wir haben die seit der Schliessung der Brücke eingegangenen Anliegen, Fragen und Reklamationen an die Bauleitung weitergeleitet. Nicht zuletzt aufgrund der Kleinen Anfrage von Mirjam Aebischer hatten wir gestern ein Gespräch mit dem Projektleiter des Kantons. Michael Wülser, Bereichsleiter Tiefbau und Verkehr, hat die Situation vor Ort besichtigt und mögliche Lösungen besprochen. Im Moment werden grössere Arbeiten an den Niederlagern vorgenommen und ein Provisorium ist nicht möglich. Diese Arbeiten sollten bis Ende Schulferien fertig gestellt sein und es wäre möglich, einen provisorischen Fussweg zu öffnen. Die Velos müssen aber geschoben werden. Die Sanierung des Belages wird wieder eine punktuelle Schliessung für den gesamten Verkehr erfordern. Wir haben beim Kanton deponiert, dass die Information rechtzeitig erfolgt. Der Kanton hat angeboten, in 2-3 Monaten eine Führung für interessierte Einwohnerratsmitglieder durchzuführen.

14 Mitteilungen des Gemeinderates

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP):

Leitung Soziale Dienste

Seit 1. März haben wir in den Sozialen Diensten wieder eine Leitungsperson. Sie hat sich bereits gut eingelebt und ist am Wirken. Beim Team ist die Entlastung spürbar, da die grossen Themen wieder durch eine Führungsperson bearbeitet werden.

Aktiengesellschaften

Es gibt Seiten, welche alles andere als erfreut sind über Aktiengesellschaften. Windisch ist bereits an einigen Aktiengesellschaften beteiligt. Der Gemeinderat kann ohne offiziellen Auftrag des Einwohnerrates regelmässig die eigene Strategie diskutieren und festlegen, welche Aufgabenbereiche die Aktiengesellschaft abzudecken hat. Stimmt die Dienstleistung im Laufe der Zeit noch oder stimmt sie nicht mehr? Der heute genehmigte Auftrag muss ebenfalls aus dieser Sicht betrachtet werden. Man muss kritisch, aber offen für Fragen und eine Öffnung der Angebote sein. Spitex und Sanavita befinden sich im Moment in diesem Strategieprozess zu prüfen, ob man auf dem richtigen Weg ist. Kontrollieren heisst nicht, dass man missmutig ist oder das Gefühl hat, es werde schlechte Arbeit geleistet. Es gehört zu einer Aktiengesellschaft, dass die Strategie periodisch überprüft wird.

Einwohnerratssitzungen

Zum Anliegen von Dave Roth, möglichst vier Einwohnerratssitzungen pro Jahr durchzuführen: Der Arbeitsprozess hat sich verändert. Möglichst alle Investitionskredite, welche eine Botschaft erfordern, sollen dem Einwohnerrat im Oktober vorgelegt werden. Damit stellen wir sicher, dass diese Investitionen im Budgetjahr umgesetzt werden können. Im Oktober waren deshalb drei Sitzungstermine notwendig, da nebst den Botschaften auch die BNO-Revision zur Beratung stand. Es ist möglich, dass auch dieses Jahr im Oktober eine Doppelsitzung notwendig ist, da es um die Investitionen geht. Allenfalls gibt es im Januar 2020 die nächste Sitzung. Eine Garantie, dass der Rhythmus so bleibt, kann ich nicht abgeben.

15 Neueingänge

Postulat Goran Marinkovic (SP) „Halteverbot im Kindergarten Klosterzelg“

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Der Gemeindegeschreiber II:

